

und arbeitet zurzeit in einem Weinkeller für 13.50 Mark pro Woche. Er ist aber schon 21 Jahre alt! Solcher Fälle gibt es viele. Die Arbeitslosenkommission von Stepany hat 468 Stellensuchende über ihre früheren Verdienste befragt. Es ergab sich folgendes: 35 verdienten niemals mehr als 12 Mark pro Woche und 38 verdienten zwischen 12 und 17 Mark. Das durchschnittliche Alter dieser 73 Stellensuchenden war 20 Jahre, 24 andere verdienten 18 Mark pro Woche und nur 26 verdienten mehr als 18 Mark im Verlaufe eines Jahres oder weniger, aber auch mit Unterbrechungen. Somit waren insgesamt 123 junge Leute (26,8 Prozent) nie imstande, sich aus Knabenlöhnen emporzuarbeiten!

Allein, wie eben die Stepany-Beispiele zeigen, fallen die meisten solcher jugendlichen Arbeiter, wenn sie das Alter von 17 oder 18 Jahren erreichen, einfach der Arbeitslosigkeit anheim, wenn sie nicht mehr als Laufburschen, Eliboten, Van-Boys usw. gebraucht werden, werden sie auf das Pflaster geworfen und treten in die Arme der Arbeitslosen ein, die nur vom Tag zum Tag leben, bis sie in die ganz untersten Schichten, in die „unemployables“ herabsinken, die jede Fähigkeit, beschäftigt zu werden, verloren haben. Die Telegraphenburschen werden, mit seltenen Ausnahmen, fast sämtlich im Alter von 16 bis 17 Jahren entlassen, ähnlich die Tausende von Knaben, die von den Kabelgesellschaften, Telegrammagenturen, der bekannten Londoner District-Messenger-Company, der City of London und vielen anderen öffentlichen und halb-öffentlichen Anstalten beschäftigt sind, von privaten Unternehmern ganz abgesehen. Ohne Profession, ohne irgendwelche technischen oder sonstigen Kenntnisse, werden die unglücklichen Burschen vogelfrei gerade in einem Momente ihres Lebens, in dem sie den gefährlichsten Einflüssen ausgesetzt sind und, andererseits, für ihre Selbständigkeit ernst zu sorgen haben. Arbeitslosigkeit und Verbrechen werden ihr Schicksal.

Ein schrecklicheres Bild als diese sich unaufhörlich und massenhaft vollziehende Verfallung des jungen Geschlechts kann selbst der mörderische Kapitalismus nicht aufweisen. Freilich ist das Bild auch in andern Ländern nicht unbekannt, allein nur in England erreicht es solche Dimensionen, da dort die Industrie die vorhandenen Arbeitskräfte nicht mehr aufzusaugen vermag. Und die Hilfsmittel? Herr Jackson empfiehlt die Erhöhung des Schulalters von 14 auf 15 Jahre, die Einrichtung von Fortbildungsschulen bis 16 oder 17 Jahre, spezielle Arbeitsnachweise für Knaben, obligatorischen Militärdienst (!) oder Turnen, und noch manche andere Mittel. Aber auch die besten unter ihnen — die beiden ersterwähnten. Sind bloß schwache Palliativmittel, die das Problem nur — auf ein späteres Alter — verschieben, können das Problem nicht lösen. Und es ist in der Tat unlösbar, so lange die kapitalistische Ordnung bestehen bleibt. Das Kapital hat eine besondere Vorliebe für billiges Kinderfleisch, und dieser wahnsinnige Molochshunger wird nur mit ihm selber erlöschen.

Für das spanische Volk.

Das Internationale Sozialistische Bureau erläßt folgenden Aufruf:

Werte Genossen!

Schon wieder hat die kapitalistische Kolonialpolitik bedauerliche Streitigkeiten hervorgerufen.

In Marokko sind europäische Soldaten den Gefahren eines Krieges mit den Eingeborenen ausgesetzt. In Spanien haben sich die Arbeiter gegen einen Krieg erhoben, dessen sämtliche Lasten auf den ärmsten Teil der Bevölkerung zurückfallen. — Schon lange haben übrigens die sozialistischen Parteien die Gefahren der Situation erkannt, welche die jegliche Umwälzung hervorgerufen haben.

Am 24. August 1907 hat der internationale Kongress in Stuttgart einstimmig eine Resolution angenommen, welche auf die marokkanischen Abenteuer von Frankreich und von Spanien hinweist, die ihre Quelle in den Spekulationen der geldgierigen Kapitalisten haben, und hat die dauernde Praxis der Bourgeoisie gebieterisch, die das Blut des Arbeiters vergießt, um ihre Profite zu ergattern.

Dieser Kongress hat besonders die Arbeiterchaft Frankreichs und Spaniens aufgefordert, einen lebhaften Kampf zur Verhinderung der Marokko-Expedition zu führen, welche ganz Europa mit unübersehbaren Konflikten bedroht haben und noch ferner bedrohen können.

In Ausführung dieses Beschlusses haben die sozialistischen Parteien von Frankreich und von Spanien eine Reihe von öffentlichen Versammlungen abgehalten, mit der Absicht, den Frieden zwischen den Völkern aufrecht zu erhalten, und die Regierungen der beiden Länder — eine monarchische Regierung und eine republikanische Regierung — haben uns die Antwort darauf gegeben, indem sie unsere Vertreter für Spanien, Pablo Iglesias, aus Frankreich und unsere Vertreter für Frankreich, Albert Willem, aus Spanien ausgewiesen haben.

Seit diesen Vorworfungen ist keine Woche vergangen, ohne daß die verantwortlichen Organe unserer Partei, welche diese

betrogenen Wichte! Mit einem Wort, ein Hölleleben! Ein zum Festungsdienst kommandierter Sergeant, dem ich in seiner Korporalschaft unterstellt war, hatte es lust gerade wieder einmal auf mich abgesehen. Was dieser Mensch mit mir getrieben hat! Weshalb er gerade mich als Quälobjekt auserlesen hatte, weiß ich nicht. Ein kleiner Antips war dieser Kretz. Mit einem Hieb meiner Faust hätte ich ihn niederschlagen können! Aber giftig wie eine Natter. Dabei diese Schandenfreude, die sich in seiner häßlichen Frage widerspiegelt: Das machte mich vollkommen wild. — Jahre waren schon auf Festung vergangen. Durch Zufall kam ich in den Besitz eines Messers. Ein kleines Küchenmesser, wies beim Kartoffelschälen benötigt wird. Es war vielleicht von einem Gefangenen gestohlen worden, und wie er nicht wußte, wohin damit, hatte er es weggeworfen. Ich fand es. Mein erster Gedanke war, mir die Pulsadern zu öffnen. Dann dachte ich, halt! Erst küßt du deine Nase. Der mir das Schlimmste angetan, muß mit! An einem sicheren Orte verberg ich meinen Kneif und wartete auf eine günstige Gelegenheit. Die sollte sich auch bald bieten. An einem Sonntag nachmittags. Der Unteroffizier vom Dienst muß an solchen Tagen um fünf Uhr die Zellen, in denen gewöhnlich zehn bis zwölf Mann inhaftiert sind, nacheinander öffnen, um diejenigen, die Bedürfnis haben, austreten zu lassen. Der Dienst hatte, war mein kleiner Sergeant, der Antips. Von meiner Zelle war ich der einzige, der austreten wollte. Vorher hatte ich mir mein Messer zurecht gesteckt.

(Fortsetzung folgt.)

Sache unmittelbar angeht, ihre Gefühle kundgeben hätten. Um nur von Spanien zu sprechen, so haben Volksversammlungen gegen den Krieg in allen Städten stattgefunden, in welchen das Proletariat sich der unglückseligen Kriege von Kuba und den Philippinen erinnert — in Madrid, in Salamanca, in Leon, in Santander, in Murcia, in Valencia, in Barcelona und in andern Orten. In ihren Zeitungsartikeln, in ihren Reden, in ihren Aufrufen und namentlich in ihrer Kundgebung vom 28. Juni d. J., unterzeichnet von Pablo Iglesias und von Marino Garcia Cortes, haben die Mitglieder des Vorstandes der sozialistischen Arbeiterpartei einen wirksamen und treffenden Vergleich gezogen zwischen der Politik, die man hätte befolgen müssen, und der, welche man tatsächlich befolgt hat. Anstatt die Produktivkräfte Spaniens zu entwickeln zu dem Zweck, der beklagenswerten, regelmäßig einsetzenden Auswanderung ein Ziel zu setzen, zu der die spanischen Proletarier verdammt sind, anstatt den öffentlichen Unterricht zu verbessern in einem Lande, welches 68 Prozent Analphabeten und 50 000 Geistliche zählt, anstatt die öffentlichen Lasten herabzusetzen in einem Lande, in welchem die Ausgaben für kirchliche Zwecke, für den „Kultus“, mehr als 50 Millionen pro Jahr erfordern, und wo 90 Prozent der Staatseinnahmen für Zinsen der Staatsschuld und für Militarismus geopfert werden müssen, hat die Regierung des Herrn Maura, unter dem Schutz und Beistand der internationalen Hochfinanz, eine Abenteuerpolitik fortgesetzt, die um so leichter zu führen war, als es ja das Proletariat ist, welches fast allein die Steuern in Geld bezahlt und welches ganz allein die Steuer an Blut zu bezahlen hat. Aber wenn der unheilvolle Krieg Spaniens gegen die Vereinigten Staaten der Regierung keine Lehren zu erteilen vermochte, so haben sich die Proletarier geweigert, sich in die Fahrzeuge einschiffen zu lassen, welche zum Geschwader eines Roschbiestewas gepakt hätten, und ihre Haut zu Marlie zu tragen, um die Dividenden von einigen Bergwerksgesellschaften zu retten. Fast spontan ist da der Aufstand ausgebrochen, ein Aufstand von Männern und Frauen, von Bürgern und Militärs, von Jung und Alt. Und in diesem von Priestern und Bürgern ausgehenden Lande hat die Volkswut sich nicht nur gegen den Kapitalismus und Militarismus gekehrt, sondern auch ganz ungewöhnlich gegen den Merkantilismus.

Inmitten dieser schrecklichen Ereignisse haben unsere Parteigenossen ihre Pflicht erfüllt. Die Internationale schuldete ihnen dafür eine Delegation ihrer Sympathie und ihrer Dankbarkeit. Unsere Genossen haben Krieg dem Krieg erklärt, mit Gefahr ihres eigenen Lebens. Sie haben die Beschlüsse unserer Kongresse ausgeführt, und hierin sind wir mit ihrem Tun solidarisch. Wir rufen es öffentlich und mit erhobener Stimme aus in dem Augenblick, wo die Reaktion, sich der Geschichte der Kommune erinnernd, versucht, durch ihre entstellten Nachrichten und durch die Zensur, die sie ausübt, die Opfer als Verbrecher und die Verbrecher als Opfer erscheinen zu lassen.

Das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen

Bureaus:

Eduard Anseele, Leon Burnmont, Emilie Vandervelde, Der Sekretär: Camille Huysmans.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine notwendige Forderung — ein Stück Kulturarbeit.

Noch immer hört man bei Lohnbewegungen viel zu selten — ja überhaupt sehr selten einmal — das Verlangen der Arbeiter und Arbeiterinnen nach Ferien. Die Forderung ist aber für die Arbeiterklasse nicht minder notwendig, als alle andern. Daß diese Frage bisher eine so untergeordnete Rolle spielte, liegt lediglich daran, daß die Arbeitskraft in der Zeit des Ausruhens von den Unternehmern nicht bezahlt wird resp. daß sich die Lohnzahlenden hiergegen recht sehr sträuben würden. Da aber die Unternehmer auch sonst nichts freiwillig geben, die Ertragschaften überall erst durch Kämpfe erzielt worden sind, so ist kein Grund vorhanden, die Forderung auf Ferienurlaub nicht ebenfalls zu stellen und zu erobern. Gerade die Arbeiterchaft hat ein Recht, Ferien zu fordern! Ist sie es doch, die sich allen Gefahren des Produktionsprozesses hingibt, ihr ganzes Leben dem Kapital opfert, während der wirtschaftlich zumeist völlig überflüssige Kapitalist es ist, der die Ferien genießt.

Die arbeitende Klasse muß Staub, Ruß und Fabrikdunst einatmen, während die von Arbeit nicht geplagte Klasse ihr Leben durch Ruhe genießt. Alle Schönheiten des Lebens und der Natur kann die bestehende Klasse freudig genießen. Eine Zeit der Erholung folgt rasch der andern. Daher ist das Leben der Besthenden im Durchschnitt viel länger, als das der Arbeiter. Hätte der Arbeiter jedes Jahr eine kleine sorgenlose Erholungszeit zur Verfügung, einen Bruchteil der reinen, Gefahren freieren Atmosphäre um sich, eine erhebliche Zunahme der Volksgesundheit, Verlängerung des Arbeiterlebens würde unzweifelhaft die Folge sein. Darum kümmert sich aber weder die staatliche Arbeiterfürsorge noch das Unternehmertum, das die Arbeiter auf die Strafe wirft, sobald sie in den Betrieben leistungsunfähiger geworden sind. Ob schlechte, ob gute Konjunktur: regelmäßige Ferien unter Fortzahlung des Arbeitslohnes gibt das Kapitalstentum nicht. Die Arbeiterchaft hat jedoch ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß ihr eine Zeit zur Erholung gewährt wird, um sich die allgemeine schlechte Lage zu bessern. Ruhezeit kräftigt die Widerstandsfähigkeit, die nötig ist, um bei der harten Arbeitsweise in allen Betrieben längere Zeit arbeitsfähig zu bleiben.

Die wenigen bevorzugten Gewerbe, die bereits den Arbeitern Ferien gewähren, gehören doch nur darum zu den angesehensten, weil sie derartige Einrichtungen getroffen und die Arbeiter dadurch kampfs- und leistungsfähiger gemacht haben. In den andern Gewerben müssen nun die Arbeiter selbst nachhelfen. Ueberall, wo die Einsicht der Unternehmer fehlt, was zum größten Teil der Fall ist, sollten die Arbeiter mit Hilfe der Organisation den Hebel ansetzen, bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Punkt Erholungsurlaub nicht außer Betracht lassen, dann würde er sich bald überall einführen, genau so wie alle übrigen Arbeiterforderungen durchgesetzt worden sind. Kampf für die Arbeiterferien ist gleichbedeutend mit der Forderung auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Da die Arbeiterklasse geringe Ansprüche an das Leben stellt, ist es den Unternehmern auch nicht unmöglich, die Wünsche zu erfüllen.

Leipzig und Umgebung.

Aus der Holzbearbeitungsmaschinenfabrik von Emmerich, Reubnitz.

Diese Firma geht bei der Regelung von Lohn- und Akkordfragen ziemlich selbstherrlich mit den Arbeitern um. Heute davon nur einiges. In letzter Zeit haben wir bei jeder beliebigen

Gelegenheit wahrgenommen, daß die Firma Akkordarbeiten zur Durchführung bringt. Es handelt sich in diesen Fällen nicht um 5 oder 10 Pfg., sondern um 20 bis 30 Pfg. Arbeit, die früher extra bezahlt wurden, werden im Hauptakkord mit eingerechnet. Wenn ein Kollege bei Emmerich pro Woche 27 Pfg. im Akkord verdient, so ist das schon eine Seltenheit. Ein solcher Arbeiter muß mit allem Raffinement arbeiten. Lohnarbeit bezahlt die Firma im günstigsten Falle mit nur 30 bis 40 Pfg. pro Stunde. Dieser traurige Lohn steht zur geleisteten Arbeit in gar keinem Verhältnis. Das Prinzip der Meister ist: Wenig Lohn und viel Arbeit! Der größere Teil der Kollegen hat ja jetzt eingeschaut, wie ohnmächtig sie einzeln in diesem Gebaren der Unternehmer gegenüber dastehen, und den Weg zur Organisation gesunden. Trotzdem sind noch Leute vorhanden, die versuchen, durch übermäßige Bähleret bei reduzierten Preisen daselbe wie früher zu verdienen, was natürlich nur auf Kosten der Gesundheit erreicht werden kann. Die Firma erhöht ihren Reingewinn, stellt neue Meister ein, ohne um die Arbeiter bekümmert zu sein. Fast täglich wird den Kollegen ihre Arbeitsstätte immer mehr verengt. Es ist an der Zeit, daß die Kollegenchaft bei Emmerich den alten Schiedsrichter aufstellt, ihre Menschenrechte wahr und sich Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiterverband anschließt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Agit.-Bgl. L.-Ost.

Ueber die Verhältnisse bei der Firma Pffersing u. Co., Porzellanmalerei.

wurde bereits in Nummer 178 der Leipziger Volkszeitung berichtet. Dem ist noch nachstehendes hinzuzuführen: Nach den Erklärungen der Firma, die darin gipfeln, die Löhne und die Arbeitszeit zu kürzen, außerdem noch Entlassungen vorzunehmen, wurde am Sonnabend, den 31. Juli, eine Werkstätten-Versammlung einberufen, um zu der Situation Stellung zu nehmen. Von den im Betriebe beschäftigten 80 Malern fanden sich aber mit wenigen Ausnahmen nur die Organisierten ein. Die Unorganisierten hatten sich wahrscheinlich aus Angst schon mit der Sache abgefunden. Das Vorgehen der Firma mußte ihnen doch deutlich genug gezeigt haben, daß die Interessen der Arbeiter nur in der Organisation vertreten werden können. Dennoch zogen sie es vor — den besseren Teil der Tapferkeit zu wählen. Anstatt sich zu organisieren, fallen sie lieber den organisierten Kollegen in den Rücken! Somit war eine Abwehr unmöglich. Es ist charakteristisch, daß es in der gegenwärtigen Zeit immer noch Leute gibt, die das Elend noch geduldi wie ein Schaf ertragen, damit nur dem Unternehmer kein blühender Widerstand entgegenzusetzen zu werden braucht. Wie jämmerlich ist eine solche Handlungsweise.

Die Ortsverwaltung der Porzellanarbeiter Leipzigs.

Deutsches Reich.

Zum Streik der sächsischen Arbeiter in Kiel.

Nachdem die Versuche, den Magistrat zu Verhandlungen unter unparteilicher Leitung zu bewegen, gescheitert sind, wurde am Dienstag eine Kommission der Streikenden beim Magistrat vorstellig, um mit ihm über die Bedingungen wegen Wiederaufnahme der Arbeit zu beraten. Der Kommission wurde bedeutet, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit den Ausständigen und Ausgesperrten ihre alten Rechte gewahrt bleiben sollten. Die Arbeit ist und es ist für die Arbeiter der Gadaustalten werde am 1. April 1910 verwirklicht. Bezüglich der allgemeinen Einführung des Neunstundenbetriebes und der Verbesserung der Lohnverhältnisse könnten aber jetzt keine bestimmten Zusagen gegeben werden.

Die Streikenden und Ausgesperrten beschäftigten sich mit den Vorschlägen des Magistrats. Es wurde beschlossen, den Magistrat folgende Resolution zur Zustimmung zu unterbreiten: Die Versammelten vertrauen den Zusicherungen des Magistrats, wonach den Streikenden und Ausgesperrten bei Wiederaufnahme der Arbeit ihre alten Rechte gewahrt bleiben, die Arbeit ist und es ist für die Arbeiter, Brückenleute, und Kesselheizer in den städtischen Betrieben ab 1. April 1910 verwirklicht wird, mit den in kürzester Zeit neu zu wählenden Arbeiteraussschüssen über die Einführung des Neunstundenbetriebes für die nicht in Wechselarbeit stehenden Arbeiter, und über die Regelung der Lohnfrage in Verhandlung eingetreten wird, und je nach dem Ausfall der vorzunehmenden Abstimmung unter den bei der Stadtverwaltung beschäftigten Arbeitern die wesentlichen Lohnzahlungen eingeführt wird. Unter diesen Voraussetzungen sind die Streikenden und Ausgesperrten bereit, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die Resolution wurde dem Magistrat unterbreitet.

Der Magistrat hat darauf in seiner Sitzung vom 5. August beschlossen: 1. Die Einführung der Achtstundenschicht vom 1. April 1910 ab wird seitens des Magistrats nur für die Ofenheizer beantragt werden. Sonstige Verkürzungen der Arbeitszeit sind für den 1. April 1910 nicht zu erwarten. — 2. Eine generelle Erhöhung des Lohnes der sächsischen Arbeiter zum 1. April 1910 kann nicht zugesagt werden. Gelegentlich der bevorstehenden Stadtberatungen erfolgt aber eine Prüfung, ob an einzelnen Stellen die Lohnverhältnisse einer Ausgleichung bedürfen. — 3. Die Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung soll spätestens am 1. April 1910 erfolgen, jedoch unter der Voraussetzung, daß bei Abstimmung in den vereinigten Arbeiterausschüssen sich für die Einführung eine Mehrheit ergibt. — 4. Unter der Voraussetzung, daß seitens der früheren Arbeiterchaft der Streik öffentlich für erledigt erklärt wird, wird eine Wiedereinstellung der alten Arbeiter in die noch nicht endgültig besetzten Stellen erfolgen, und zwar durch den Magistrat nach Anhörung der Betriebsleiter. Berücksichtigt werden nur diejenigen Arbeiter, die sich vor Beginn und im Verlaufe des Streiks vorwurfsfrei geführt haben. Die Wiedereinstellung erfolgt wie die von neuereinstellenden Arbeitern. Doch soll eine Wiedereinstellung in die alterwordenen Rechte und sonstigen Vergünstigungen, wie der letztgezählte Lohn, Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen, Urlaub, Urgehalt, Hinterbliebenenversorgung usw. am 1. April 1910 erfolgen, wenn bis dahin die mit dem Streik verbundenen Arbeitsstörungen und sonstigen Ausfaltungen sich nicht wiederholt haben. Im übrigen wird von den einzelnen wieder eingestellten Arbeitern eine einwandfreie Führung vorausgesetzt. Entlassung hat der Arbeiter dann zu erwarten, wenn er sich der Verletzung von Arbeitswilligen schuldig macht.

Die Arbeiter betrachten diesen Beschluß des Magistrats wie eine Verhöhnung ihrer Forderungen. Sie werden zu der Antwort des Magistrats Stellung nehmen.

Zankampf in Sicht. Der Verband der Brauereien von Braunschweig und Umgegend macht den Arbeitern absolut keine annehmbaren Konzessionen. Jetzt, nach einem Vierteljahr der Verschleppung, kommt er damit heraus, daß das Statut ihres Verbandes es verbietet, eine Verhandlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Hinzuziehung der beiderseitigen Organisationsvertreter, wie es beantragt wurde — also der einzigen Möglichkeit, die Wege zu einer friedlichen Verständigung zu ebnen — stattfinden zu lassen. Dabei aber verteilen die Brauereien bereits das gegerbte Fell, indem sie den Bierpreis um 3.50 Mark pro Hektoliter erhöhen wollen und so ein feines Geschäft zu machen gedenken, während die Brauereiarbeiter leer ausgehen sollen. Die Rechnung ist jedenfalls ohne den Wert gemacht, denn auf alle Fälle wird die Arbeiterchaft Braunschweigs zu dem bisherigen Verhalten der Brauereien auch noch ein Wort mitsprechen.